



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten  
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

**SPD**



am 28. November 2014

## Inhalt

1. Haushalt 2015 – ohne Neuverschuldung und trotzdem mit sozialdemokratischen Prioritäten
2. Fracking – Fahrplan für die weiteren Beratungen



## Haushalt 2015 – ohne Neuverschuldung und trotzdem mit sozialdemokratischen Prioritäten

Am Freitag dieser Woche wurde erstmals seit 46 Jahren ein ausgeglichener [Bundeshaushalt](#) verabschiedet. Darauf sind wir stolz. Der ausgeglichene Haushalt ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allerdings kein Selbstzweck, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen und wir wollen die staatliche Handlungsfähigkeit erhalten. Das der ausgeglichene Haushalt überhaupt möglich wurde, liegt unter anderem an der guten Steuerbasis, an höheren Löhnen und geringeren Sozialausgaben, sowie dem niedrigen Zinsniveau.

Ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung, in dem wir trotzdem noch sozialdemokratische Prioritäten setzen konnten, kann ohne weiteres als historisch bezeichnet werden. Außerdem hat noch keine Regierung zuvor die Ausgaben für Bildung und Forschung so erhöht wie diese Große Koalition.

Gleichwohl ruhen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Es gilt, die wirtschaftliche Stärke auch dauerhaft zu sichern. Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro bis 2018 auf den Weg gebracht. Über die Verwendung dieser Milliarden wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen entscheiden. Wir plädieren dafür, dass das Geld nicht nur für den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch für die energetische Gebäudesanierung, den weiteren Kita-Ausbau und zur Entlastung der Kommunen verwendet wird.

### Sozialdemokratische Prioritäten im Haushalt 2015

*Es gibt zusätzlich*

95	Millionen für Krisenprävention
213	Millionen für humanitäre Hilfe im Ausland
100	Millionen für Kunst und Kultur
20	Millionen für die Bundespolizei
20	Millionen für Hochwasserschutz
15	Millionen für Sportförderung
10	Millionen für Programme gegen Extremismus
9	Millionen für THW-Liegenschaften
8	Millionen für Migrationsberatung für Erwachsene
5	Millionen für politische Bildung
5	Millionen für den Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen
2	Millionen für Verbraucherschutz
1	Million für Jugendmigrationsdienste

Handlungsfähig müssen aber auch unsere Kommunen bleiben, dies hat [Uli Gottschalck in der Generaldebatte](#) am Mittwoch auch noch einmal verdeutlicht. Sie stehen vor enormen Herausforderungen, wie der demografischen Entwicklung und dem Erhalt der Infrastruktur und damit meinen wir insbesondere auch die soziale Infrastruktur. Wir haben schon viel getan: Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz werden die Kommunen um je eine Milliarde Euro jährlich entlastet, die Grundsicherung hat der Bund bereits komplett übernommen und das macht sich in den Haushalten der Sozialhilfeträger positiv und ganz real bemerkbar.

**Die menschenwürdige Unterbringung der oft traumatisierten Flüchtlinge muss oberste Priorität haben.** Aktuell stehen die Kommunen durch die

drastisch steigenden Flüchtlingszahlen unter enormen Druck. Deshalb ist es gut, dass die Koalitionsrunde weitere Entlastungen für die Kommunen beschlossen hat, um bei den Problemen der Flüchtlingsunterbringung zu helfen. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern dafür 1 Milliarde Euro und wir sind recht optimistisch, dieses Ziel zu erreichen.** Bund und Länder müssen ihrer Verantwortung und Zuständigkeit gerecht werden. Der Bund hat schon einiges auf den Weg gebracht, bei einigen Ländern - und dazu gehört leider auch Hessen - ist jedoch noch Luft nach oben. Für die angemessene Unterbringung der Flüchtlinge sind die Länder verantwortlich. Dazu gehört auch, für eine ordentliche Finanzausstattung zu sorgen. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich hier einige Länder drücken und die Kommunen auf hohen Kosten sitzen lassen. Dies sorgt auch für sozialen Sprengstoff.

Wir investieren in Bildung, Forschung und Entwicklung. Wir investieren in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Das alles sind wichtige Schritte, um den Motor unserer Volkswirtschaft nicht stottern zu lassen. Und auch die Frauenquote wird helfen, angestaubte Rollenbilder über Bord zu werfen und die Wirtschaft zu beflügeln. Gemischte Teams arbeiten besser!

**Insgesamt sind wir mit den Haushaltsberatungen sehr zufrieden. Wir konnten bereits viel erreichen, aber es gibt auch noch viel zu tun.**

## **Fracking - Fahrplan für die weiteren Beratungen**

**Der Schutz von Mensch und Umwelt hat absolute Priorität bei der Anwendung neuer Technologien - so sehen es Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und daran werden wir sie messen.**

**Zum Fahrplan der Beratungen:**

- Der Gesetzesentwurf soll Anfang Dezember diesen Jahres an die Verbände und Länder mit Bitte um Stellungnahme gegeben werden.
- Im Januar 2015 soll die Auswertung der Stellungnahmen erfolgen.
- Im März 2015 könnte der Bundesrat erreicht werden.
- Frühestens im April 2015 würden dann im Bundestag die Beratungen und Anhörungen beginnen.

Ärgerlich ist, dass das Kanzleramt nochmal dazwischen grätschte, um auf Druck der Erdgasindustrie und der IGBCE wirtschaftsfreundliche Änderungen zu erzielen. Wissenschaftliche Erprobungsmaßnahmen sollen nun unter strengen Anforderungen auch oberhalb einer Tiefe von 3000 Meter erlaubt werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen die Debatte auf eine rationale Grundlage heben. Nach 2018 können kommerzielle Bohrungen nur dann in diesem Bereich durch die Bergbau- und Wasser-Behörden der Länder genehmigt werden, wenn das Umweltbundesamt und eine unabhängige Expertenkommission zuvor deren Unbedenklichkeit bestätigt hat.



**Trotzdem werden die Auflagen für Fracking in Deutschland nicht gelockert, sondern deutlich verschärft!** Fracking jeglicher Art wird in allen sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Wasserschutzgebieten, verboten. Die Entscheidungskompetenzen vor Ort werden gestärkt, das Bergrecht und die Umweltverträglichkeitsprüfung geändert. Da die Gesetzes- und Verordnungsentwürfe noch nicht vorliegen, konnten wir noch keine detaillierte Prüfung vornehmen. Wir werden uns aber intensiv in Beratungen einbringen.

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**

**Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Artikelbilder: fotolia**